

NEWSLETTER
“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”
Vertreter von OSEC und SEC
Mitglied der Dachorganisation SwissCham
Herausgabe alle 2 Wochen seit 1998
www.swissbalticchamber.com, e-mail: swisschamber@sbcc.ee
Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland
Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77
11 Seiten Datum: 13. 11. 09

Sie garantiert die Schweizer Schokoladenqualität in Estland



Die 29 jährige Christiane Parchmann sorgt in luftiger Höhe im obersten Stockwerk des Tallinner Swisshotels dafür, dass Torten, Pralinen und allerlei Süßigkeiten auf dem Niveau schweizerischer Pâtisserieskunst stets im Angebot sind. Zu Weihnachten sollen delikate Lebkuchenhäuschen, Weihnachtsmänner und exzellentes Gebäck auf dem Tresen stehen.

Christiane Parchmann, Tochter eines Unternehmensberaters aus Berlin, wuchs teils in Schwerin und später in Berlin auf. Der ältere Bruder ist Laborant, die jüngere Schwester lernt Marketing.

Nach der Matura begann Christiane in Frankfurt / Oder ein Betriebswirtschaftsstudium und entdeckte bald ihre besondere Liebe zur Schokoladen, Pralinen und

Pâtisserieskunst. Sie absolvierte in der Folge ihre Fachausbildung am Schweizer Ufer des Genfersees bei Nestlé, wo sie im Umgang mit der Herstellung qualitativ hoch stehender Süßwarenprodukte lernte, worauf es ankommt. <http://new.felchlin.com/> lautet heute das Zauberwort für Qualität. Der Toplieferant der Schweizer Schokoladenszene mit der Couverture aus der „Urschweiz“, beliefert die Schokoladenproduzenten in der ganzen Schweiz und auch Christianes Hotelkonditorei im höchsten Gebäude des Baltikums (Fernsehtürme ausgenommen) gehört dazu. „Hier gab es früher meistens Kuchenlasur aus Kokosfett oder

anderen pflanzlichen Fetten, wenn hierzulande Pralinen oder Konfekt gemacht wurden; dann überziehen sie diese damit, das ist dann keine Schokolade. Unter Schokolade verstehe ich was anderes“, meint Christiane. In Sachen Schokolade gehöre die Schweiz schon zur Weltspitze meint sie.

Ihr stehen drei estnische Hilfskräfte, welche die Kunst der Qualitätssüßwaren bei ihr erlernen, zur Verfügung. Wer sich etwas besonderes leisten möchte und auch kann, muss sich in die Lobby Bar des Swisshotels begeben, kann dort entweder „über die Gasse“ einkaufen, oder sich ein gutes Stück zum Tee bestellen; oder sich in einem der beiden Restaurants auf der 8. oder 30. Etage mit Rundblick über die estnische Hauptstadt, einen exzellenten Nachtmahl mundeln lassen. Eine komplette Torte ist für 350.--Kronen (35 Franken) zu haben. „Qualität hat seinen Preis“. Meint Christiane Parchmann. Auf die Frage, ob die Patisserieabteilung auch Geschäfte im Umfeld beliefere, erfährt man, dass die Produkte exklusiv nur in diesem Hause zu haben seien.

POLITIK UND WIRTSCHAFT:

Estland

Bündnis von Savisaars Zentrumspartei und der Sozialdemokratischen SDE im Stadtrat Tallinns



Nachdem der Koalitionsvertrag zwischen der Zentrumspartei und den Sozialdemokraten unterschrieben war, sagte Savisaar, dass dies der Beginn einer neuen Richtung in der estnischen Politik bedeutet. „Zum ersten Mal wurde eine Koalition auf der Basis der Weltansicht geschlossen, und ich glaube, dass mit diesem Bündnis Estland als Ganzes einen bedeutenden und grossen Schritt Richtung Europa macht“, sagte Savisaar von der Koalition, welche zwei Linksparteien zusammenbringt.

Savisaar fügte hinzu, dass durch die Koalition mit der SDE der Stadtrat zusätzliche Stärke und eine breitere Basis erlangt.

Die neue Stadregierung hat entschieden, die

Revisionskommission unter die Führung der Opposition zu stellen, zudem wird die Opposition auch in den Bezirksverwaltungen vertreten sein. Der Vorsteher der SDE, Juri Pihl, drückte die Hoffnung aus, dass die Koalition die ganze 4-Jahresperiode halten wird bis zu den nächsten Kommunalwahlen. Er meinte zudem, dass der Koalitionsvertrag gut sei für beide Parteien wie auch für die Bewohner Tallinns.

Doch nicht allen in der SDE gefällt dieser Schulterschluss. Peeter Kreitzberg (im Bild links), stellvertretender Vorsitzender und führendes Mitglied der SDE, sagte in einem Interview, dass er über einen möglichen Niedergang der SDE besorgt sei und schlug vor, die Partei solle für ein kraftvolleres Image eintreten. „Ich habe die Sorge, dass wir uns in dünne Luft auflösen werden. Wir sind passiv und werden es nächstes Mal nicht in den Riigikogu (estnisches Parlament) schaffen,“ sagte der sozialdemokratische Parlamentarier in dem Interview mit Eesti Ekspress. Kreitzberg führte weiter aus, dass die Botschaft und die Taten der SDE für ein zu schmales Segment zugeschnitten sind und unglaublich sind. „Wir haben auf jeden Fall einen würdigen Kreis von Unterstützern. Jedoch als politische Partei können wir nichts auf die Reihe bringen, wenn wir bloss 5 – 8 % hinter uns haben – die estnische intellektuelle Elite. Politik wird mit Stimmen gemacht, mit den Stimmen der Massen,“ sagte der Universitätsprofessor, welcher die Zentrumspartei Savisaars im Jahre 2004 mit anderen prominenten Kritikern verliess. Kreitzberg sagte, dass der SDE eine Führerfigur fehle mit administrativen Fähigkeiten. „Eine Gruppe von guten Leuten ist nicht immer eine Partei. Ich möchte nicht sagen, dass dies nun eine schlechte Partei ist. Ich glaube, diese Partei hat das Potential, eine sehr gute Partei zu werden, um das zu erreichen, werden wir Dinge tun müssen,

zu denen nach meiner Ansicht Juri Pihl nicht in der Lage ist, ” sagte Kreizberg. Die SDE sollte Neues ausprobieren, und wenn man es zulasse, einen anderen auf seinem Kopf sitzen zu lassen, dann höre man auf, eine politische Partei zu sein. „Es wird kein Verlust für Estland sein, wenn eine so schwache Kombination von Leuten, die unfähig sind zu handeln, verschwindet“, sagte Kreizberg.

„Ist der Euro Estlands neue offizielle Religion?“

Dies ist zumindest die Ansicht von Bo Kragh, dem Vizepräsidenten von Svenska Handelsbanken. Er schreibt, die Einführung des Euros sei die offizielle Religion Estlands



geworden, die alle Mittel heilige. „Es entsteht der Eindruck, dass für die führenden baltischen Politiker die Einführung des Euros das Tor zum Paradies und ewiger Glückseligkeit ist“, sagte Kragh, der Estlands Berater war in seiner Währungsreform im Jahre 1992 in einem Interview mit dem russischen Magazin Ekspert.

Kragh sagte weiter, das schwedische Beispiel zeige, dass es von geringem Wert sei, die nationale Währung mit dem Euro zu ersetzen. Schweden habe einen fließenden Wechselkurs und habe seine Währung um 20 % abgewertet, was half, die Einnahmen durch den Tourismus auf dem gleichen Niveau zu halten, die Zinsraten zu senken, Ericsson wettbewerbsfähiger zu machen als Nokia aus Finnland, sowie sicherzustellen, dass die schwedische Holzindustrie effizienter sei als die finnische. Kragh stellt den Enthusiasmus der baltischen Regierungen in Frage mit dem sie den Euro einführen wollen. „Warum soll Brüssel die Regeln aufweichen, wenn die baltischen Staaten so entschlossen sind die Maastricht Kriterien auf jeden Fall einzuhalten?“ Die baltische Elite, welche die EU und NATO Mitgliedschaft über allem halte, werde von Angst und Eitelkeit getrieben, in ihrem Bestreben in die Eurozone zu kommen. Der Verlust der nationalen Währung macht die estnische Wirtschaft abhängig und verhindert ein flexibles Handeln im Falle von wirtschaftlichen Krisen. „Der Anschluss an die Eurozone wird die baltischen Staaten noch stärker in das gesamteuropäische Sicherheitssystem integrieren. Die baltischen Politiker wollen die Mitgliedschaft in der Eurozone, weil sie dann zu den Ministertreffen der Länder der Eurozone eingeladen würden, im Gegensatz zu England und Schweden.“ Kragh sagte weiter, dass obwohl diese Ministertreffen keinen wirklichen Einfluss haben, seien sie doch ein sehr prestigeträchtiger und aufregender Club für kleine baltische Staaten. „Es ist als ob man einen grossen Bruder hat, zu dem man hinaufschauen kann. Die baltischen Staaten hatten bereits schon einen grossen Bruder, jetzt wollen sie noch einen anderen haben.“ Nach Kraghs Ansicht könne die estnische Wirtschaft bloss durch seine starken Bindungen an Schweden gerettet werden, vor allem weil viele estnische Hightech Firmen schwedischen Konzernen gehören würden. Als Kragh über das Versagen der europäischen Geldpolitik spricht, erwähnte er, dass er in der Vergangenheit seine Anzüge in Estland und Lettland gekauft habe, dass er jedoch jetzt seine Anzüge in Verkaufskampagnen in Stockholm ersteht.

Über 100 000 Erwerbslose

Nach Eurostat liegt die Arbeitslosigkeit in Estland mittlerweile bei 13,8%. Estlands Statistikamt meldet 14,6% mit 102 000 Personen ohne Beschäftigung.

US Oberbefehlshaber in Europa kommt nach Estland im Black Hawk Helikopter



General Carter Ham, US Oberbefehlshaber in Europa, kam mit seinem Gefolge stilsicher in drei Black Hawk Helikoptern nach Tallinn. Sie kamen von Litauen. Die fast 20 Meter langen Black Hawks werden von der Firma

amerikanischen Firma Sikorsky hergestellt und wird seit 1970 in der US Armee verwendet. In seinem 2-Tage Besuch traf sich General Ham mit dem Befehlshaber der estnischen Verteidigungskräfte, dem Generalleutnant Ants Laaneots, sowie dem Generalsekretär des estnischen Verteidigungsministeriums, Riho Terras, um über die bilaterale militärische Kooperation zu sprechen. General Ham sprach über die Möglichkeiten die Sichtbarkeit und Präsenz der US-Streitkräfte in den baltischen Staaten zu erhöhen.

Generalsekretär Terras hat General Ham den estnischen Entwicklungsplan für militärische Verteidigung für die Jahre 2009 – 2018 vorgestellt, welcher im vergangenen Januar bestätigt wurde. Ham drückte auch seine Anerkennung für Estland aus, dass es Estland gelungen ist, auch in einem schwierigen ökonomischen Umfeld, die Ausgaben für das Militär bei 1,86 % des BIP zu halten. Lobende Worte fand er auch für das estnische Verteidigungsmodell, welches eine obligatorische Armee von Reservisten mit professionellen Einheiten, die auf Auslandmissionen gehen, kombiniert. Im kommenden Jahr wird es ein gemeinsames Manöver mit US Marine Einheiten geben an der estnischen Küste, zudem ist ein grösseres Manöver für das Jahr 2012 geplant. Generalleutnant Laaneots sagte, dass die Verteidigungskooperation mit den Vereinigten Staaten sehr wichtig sei für Estland, und diese würde auch nach dem Ende der Irak Mission und der Rückkehr der estnischen Infanterieeinheit ESTCOY-E aus Afghanistan weitergehen.

Niklas Zennström und Janus Friis kaufen sich mit 14 Prozent in das Konsortium ein, das Skype übernehmen möchte.

Zennström und Friis haben 2003 die Skype Group gegründet. Heute hat Skype über 520 Millionen Benutzer und wickelt mehr als 8 % des internationalen Gesprächsverkehrs ab, damit ist Skype der grösste Anbieter in diesem Bereich. Skype wurde von den estnischen IT Spezialisten Ahti Heinla, Priit Kasesalu and Jaan Tallinn geschaffen, ein Team, dass ursprünglich auch Kazaa kreierte, ein System um Musik auszutauschen. Im Jahre 2005 verkauften Zennström und Friis Skype an Ebay.



Niklas Zennström (Foto Links) und Janus Friis (rechts daneben) wollten verhindern, dass Ebay die Firma an eine Gruppe von Investoren und die Venture-Capital-Firmen Index Ventures und Silver Lake verkauft. Nun haben sich beide Seiten auf folgenden Deal verständigt: Zennström und Friis werden zu der Investorengruppe stoßen und 14 Prozent an Skype übernehmen. Zudem wurden die beiden mit Sitzen im

Aufsichtsrat des VoIP- und Messaging-Spezialisten bedacht. Damit dürfte auch ein juristischer Streit zwischen EBay und Zennström/Friis zu Ende gehen. Die beiden behaupten, dass sie immer noch die Rechte an der Kerntechnologie besitzen, auf der Skype aufsetzt. EBay habe diese unrechtmäßig genutzt – eine interessante Argumentation. Durch die Übereinkunft

zwischen EBay beziehungsweise Skype auf der einen Seite, und den Unternehmen Joost und Joltd von Zennström und Friis auf der anderen, wurde auch dieses Problem gelöst. Die neue Konstellation sieht folgendermaßen aus: Die Investorengruppe hält 56 Prozent der Anteile an Skype, EBay behält 30 Prozent und Zennström/Friis sind, wie erwähnt, mit 14 Prozent vertreten. EBay erhält aus dem Verkauf der Anteile rund 1,9 Milliarden Dollar in Bar. Der gesamte Deal hat ein Volumen von 2,75 Milliarden Dollar.

Nordeuropa segnet Nord Stream ab



Estland hatte vergeblich versucht, aus ökologischen Gründen seine Bedenken gegen dieses Projekt bei den Nachbarstaaten durchzusetzen. Ein Bericht von Oleg Mitjajew (RIA Novosti) Am 5. November haben die Partner bei der Errichtung der Erdgas-Pipeline Nord Stream einen großen Erfolg verbucht.

Schweden und Finnland haben die Errichtung dieser Pipeline auf dem Meeresgrund durch ihr Territorialgewässer genehmigt. Jetzt gibt es keine ernstzunehmenden Hindernisse, welche verhindern könnten, dass die Pipeline planmäßig 2011 in Betrieb genommen werden kann. Die Pläne zur Diversifizierung der russischen Gaslieferungen nach Europa werden Realität.

Die 1200 Kilometer lange Pipeline Nord Stream wird am Meeresboden verlaufen und die russische Stadt Wyborg mit Greifswald verbinden. Die erste Röhre der Pipeline mit einer Leistung von 27,5 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr soll Ende 2011, eine gleich leistungsstarke 2012 fertig gestellt werden.

Projektbetreiber ist die Nord Stream AG, wovon 51 Prozent der russischen Gazprom, je 20 Prozent den deutschen Wintershall und E.On Ruhrgas und 9 Prozent der niederländischen Gasunie gehören. Schon bald könnte auch die französische GdF Suez ins Projekt einsteigen.

Die Nord Stream soll durch die Territorialgewässer Finnlands, Schwedens, Dänemarks sowie Russlands und Deutschlands verlaufen.

Es dauerte volle vier Jahre, bis die Genehmigungen der Länder, durch deren Gewässer Nord Stream verlaufen soll, erteilt wurden. Nord Stream gab 100 Millionen Euro für Umweltstudien entlang der geplanten Route aus. Die Nord Stream AG berücksichtigte die Interessen aller betroffenen Seiten. Sie änderte zweimal die Pipeline-Route und verzichtete auf die geplante Verdichterstation und die Lichtleitfaserkabel.

Als erste gab Dänemark am 20. Oktober des laufenden Jahres ihr Jawort zum Projekt. Am 5. November war dann die schwedische Regierung soweit. Schweden war einer der schwierigsten Partner bei den Nord-Stream-Verhandlungen. Es hatte 23 Monate lang die mit der Errichtung und dem Betrieb der Pipeline verbundenen Umweltprobleme eruiert.

Die Regierung Schwedens hatte strenge Anforderungen an das Projekt gestellt, damit die sensible Ostsee-Natur erhalten bleibt. Letztendlich erklärten die schwedischen Behörden, dass die Nord Stream AG alle notwendigen Umweltgarantien gegeben habe.

Der Projektbetreiber hat nach einer Forderung Schwedens auf die Errichtung einer Verdichterstation an der schwedischen Küste verzichtet. So wird die Unterwasserpipeline ohne Pumpstation arbeiten, die den Druck in der Röhre erhält. Das ist vom technischen Standpunkt aus komplizierter, aber dennoch möglich.

Am gleichen Tag, dem 5. November, meldete die Nord Stream AG, dass sie die Genehmigung der finnischen Regierung erhalten habe. Zwar stellte sich heraus, dass diese Genehmigung noch nicht hinreichend ist, da nach finnischem Gesetz die Nord Stream eine weitere Genehmigung

von den Umweltbehörden erhalten muss. Doch es gibt keine Zweifel, dass auch sie bis Ende des Jahres erteilt wird..

Jetzt müssen noch Deutschland und Russland das Projekt absegnen. Doch offensichtlich wird die Genehmigung des Projekts durch beide Länder einen rein formellen Charakter haben.

Die positive Entscheidung der nordeuropäischen Länder ist hingegen ein großer Erfolg. Sie lässt darauf hoffen, dass die Errichtung der Pipeline bereits im April 2010 anfangen und die erste Röhre planmäßig 2011 in Betrieb genommen wird.

Russland hat viel diplomatisches Geschick eingesetzt, um von den nordeuropäischen Ländern grünes Licht zu erhalten. Die Finnen haben für weitere zwei Jahre ein Moratorium für die Anhebung des Exportzolls für russisches Rundholz erhalten. Den Dänen versprach Moskau, bei der Klimakonferenz im Dezember in Dänemark einen Vertrag zu unterzeichnen. Die Schweden konnten alle ihre Umweltforderungen durchsetzen. Beispielsweise haben sie erreicht, dass die Bauarbeiten nicht während der Kabeljau-Laichperiode, von Mai bis Oktober, fortgesetzt werden.

Somit ist die Verwirklichung von Russlands Plänen zur Diversifizierung der Gaslieferungen nach Europa, was die Energiesicherheit der Alten Welt erhöht, sowie zur Abschaffung des ukrainischen Transitmonopols, bereits in greifbare Nähe gerückt.

Dabei haben Russland und seine Partner die Alternativprojekte, die ihnen weniger günstig erschienen, so gut wie abgeschrieben. Es geht um die so genannte „Jantar“, die durch die baltischen Staaten und Polen führen sollte, sowie das Projekt „Jamal-Europa-2“ durch Weißrussland und Polen.

Quelle:

<http://de.rian.ru/analysis/20091109/123910118.html>

Este mit 24,5kg Amphetamin im ICE Hamburg/Kopenhagen geschnappt



Dem Zoll gelang am 4. November ein empfindlicher Schlag gegen den organisierten Rauschgiftsmuggel in Europa. Zollbeamte stellten in dem von Hamburg nach Kopenhagen fahrenden Zug ICE 37 über 24 Kilogramm des Rauschgiftes Amphetamin bei einem estnischen Staatsbürger sicher.

Eine spezialisierte mobile Kontrolleinheit des Lübecker Zolls kontrollierte die Reisenden des ICE 37 auf der Fahrt von Hamburg nach Kopenhagen. Während der routinemäßigen zollrechtlichen Überprüfung eines 24-jährigen estnischen Staatsbürgers stießen die Beamten bei der Kontrolle seines mitgeführten Reisegepäcks auf mehrere zwischen Kleidungsstücken versteckte Aluminiumbeutel. Jeder dieser Aluminiumbeutel enthielt weitere kleinere in transparenter Folie verschlossene Beutel, deren Inhalt aus weißem Pulver bestand. Ein durchgeführter Drogenschnelltest brachte Gewissheit: Bei dem weißen Pulver handelte es sich um Amphetamin. Insgesamt 24,5 Kilogramm des Rauschgiftes waren in den Beuteln versteckt und sollten vermutlich nach Skandinavien transportiert werden. Der 24-Jährige wurde noch im Zug wegen einem Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz vorläufig festgenommen und zu weiteren Vernehmungen nach Lübeck verbracht. Die weiteren Ermittlungen führt das Zollfandungsamt Hamburg.

"Auf dem Schwarzmarkt lassen sich für eine solche Menge rund 150.000 Euro erzielen, in den nordischen Staaten liegt der Verkaufspreis jedoch um ein Vielfaches höher. Immer häufiger wird der Schienenweg von Drogenkurieren für den Transport von Rauschgiften in die

skandinavischen Länder genutzt. Die Zollbeamten sind diesbezüglich sensibilisiert und kontrollieren verstärkt", so der Pressesprecher des Hauptzollamtes Kiel, Michael Rietz

Französische Justiz stimmt Voruntersuchung im Falle der Fähre Estonia zu



Verwandte und Repräsentanten von den 852 Opfern des schwersten Schiffsunglücks der europäischen Nachkriegsgeschichte haben einen Gerichtsprozess in Paris angestrengt. Sie verlangen eine neue und unabhängige Untersuchung. Sie führen an, dass die Fähre nicht seetüchtig gewesen sei, als sie den Hafen verlassen habe.

15 Jahre nach dem Untergang der Passagierfähre Estonia hat die französische Justiz grünes Licht für neue

Voruntersuchungen in dem Fall gegeben. Wie der Schwedische Rundfunk berichtet, kann ein Amtsgericht in Paris in der kommenden Woche mit einer Prüfung des Falles beginnen.

Es steht aber noch nicht fest, ob es letztlich auch zu einem Prozess kommen wird. Der deutschen Meyerwerft sowie dem für Seesicherheitsfragen zuständigen französischen Unternehmen Bureau Veritas wird die Verantwortung für die Katastrophe vorgeworfen. Bei dem Untergang der Estonia im September 1994 auf dem Weg von Tallinn nach Stockholm waren 852 Menschen ums Leben gekommen. Bis heute ist unklar, was zu der Katastrophe geführt hatte. Eine internationale Untersuchungskommission kam zum Schluss, dass ein Konstruktionsfehler die Ursache für den Untergang war.

Lettland

Das lettische Finanzministerium möchte 358 Millionen Euros des EU Beitrags zur Stärkung des Unternehmertums abzweigen



Das lettische Finanzministerium wird der Regierung vorschlagen, verschiedene grössere von der EU finanzierte Projekte zu unterbrechen und 358 Millionen Euro zur Stimulierung des Unternehmertums zu verwenden. Die Sprecherin des Finanzministeriums Agnese Belkevica sagte BNS, dass bald der Regierung ein Bericht vorgelegt werden solle mit Vorschlägen zu einer anderen Verteilung der EU Gelder, wo es darum gehe, statt grosse Infrastrukturprojekte anzugehen, das Unternehmertum zu

unterstützen. 5 grosse von der EU bezahlte Investitionsprojekte sollen aufs Eis gelegt werden, dies bezieht sich vor allem auf Flughafen-, Eisenbahn- und Hafeninfrastrukturprojekte. Es sei in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation wichtiger, den Unternehmern unter die Arme zu greifen. Noch nicht klar sei, wie lange diese grossen Infrastrukturprojekte warten müssten, diese Entscheidung müsse die Regierung treffen. Die EU Gelder sind entscheidend für die Stimulierung der wirtschaftlichen Erholung Lettlands. Die EU hat insgesamt für Lettland von 2007 bis 2013 eine Summe von 4,524 Milliarden Euro bereitgestellt.

Mitten in der Krise plant Lettlands Regierung höhere Lohnsteuern und weitere Abgaben für Wohnflächen.



Wie am vergangenen Montag gemeldet wurde, hat die Regierungskoalition unter Lettlands Premier Valdis Dombrovskis grundsätzlich beschlossen die linearen Lohnsteuern von bisher 23% auf 25% anzuheben. Zusätzlich wird geplant eine differenzierte Immobiliensteuer zu erheben. Das steuerfreie Minimum liegt in Lettland derzeit bei 35.—Lat (49.—Euro). Wohnflächen

welche im Wert unter 40 000.- Lat (56 244.- Euro) liegen, sollen inskünftig 0,1% Immobiliensteuer, was jährlich 56.-- Euro entspricht an den Staat abführen. Bis 75 000.- Lat (105 458.- Euro) müssen 0,2% vom Wohnwert an Abgaben an den Staat abgeführt werden, was 210.-- Euro entspricht. Ab 75 000.- Lat Wohnflächenwert sind es dann 0,3%, die der Staat neu verlangt.

Deflation in Lettland



Das Finanzministerium berichtet, dass die Preise in Lettland in den kommenden Monaten wahrscheinlich weiter fallen würden. Im Oktober 2009 seien die Preise um 0,2 % gegenüber dem Vormonat gefallen und um 0,9 % gegenüber Oktober 2008. Dies ist das erste Mal, dass ein jährlicher Preisrückgang registriert wird, seit es den Preisindex gibt.

Das Finanzministerium berichtet über eine weitere ungewöhnliche Tatsache für diese Zeit des Jahres – die Preise für öffentliche Versorgungsleistungen, welche die Hauptantriebskräfte der saisonalen Inflation sind, sind in diesem Oktober nicht nennenswert gestiegen. Ebenso sind die Preise für saisonale Güter wie Kleider, Schuhwerk und Frischgemüse im Oktober nicht angestiegen. „Das Vertrauen der Konsumenten bleibt schwach im Oktober und es sieht nicht so aus, als ob sich das in einem bedeutsamen Masse verändern könnte“, sagte das Ministerium. Oktober war der siebte deflationäre Monat in Folge. Die Erwerbslosenzahl liegt in Lettland derzeit laut Eurostat bei 19,7%

Neue US Botschafterin Judith G. Garber lernt Lettisch



Die amerikanische Botschafterin in Lettland, Judith G. Garber, die vor 2 Monaten ihre Arbeit begonnen hat, beginnt nun Lettisch zu lernen. Garber sagte in einem Interview, dass das Lernen dieser Sprache eine grosse Herausforderung für sie sein werde. Garber möchte sich für eine Vertiefung der amerikanisch-lettischen wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit einsetzen.

Brian Carlson, einer der früheren US Botschafter meisterte die lettische Sprache so gut, dass er Interviews ohne Übersetzer geben konnte.

Polizeichef in Nöten



Die lettische Innenministerin Linda Murniece will den Polizeichef der Region Kurzeme, Artus Vaiteks (links im Bild), entlassen. Vaiteks hat am Vortag seine Ehefrau, die Richterin am Bezirksgericht ist, wegen Gewaltanwendung gegen ihn angezeigt, so berichtet die lettische Presse.

"Wenn der Mensch nicht imstande ist, seine eigenen Probleme zu lösen, dann bezweifle ich, dass er auch seine dienstlichen Aufgaben anständig erledigen kann. Aus meiner Sicht darf dieser Mann seinen Posten nicht weiter bekleiden und ich machte dem Chef der Staatspolizei deutlich, das das Problem geklärt werden muss", zitiert das Internet-Portal Delfi die lettische Innenministerin.

Der Polizeichef sagt in seiner Anzeige, dass seine Frau gegen ihn Gewalt angewendet und ihn körperlich beeinträchtigt habe, durch eine Verletzung an seiner Hand.

Kurz darauf kam die Gattin zur Polizei und erstattete Anzeige gegen ihren Mann. Sie führte aus, dass ihr Mann um zwei Uhr morgens betrunken mit seinem Dienstwagen nach Hause gekommen sei. Die Polizei befasst sich jetzt mit der Klärung des Sachverhaltes.

Die Vaiteks sind in Lettland bekannt. Arturs Vaiteks war lange Zeit Chef der lettischen Kriminalpolizei und stellvertretender Polizeichef in Liepaja. Im September dieses Jahres wurde er zum Polizeichef der Region Kurzeme befördert.

Vineta Vaiteka ist seit 2001 als Richterin am Bezirksgericht Kurzeme tätig. Sie hatte solche Aufsehen erregende Prozesse geführt wie das Strafverfahren gegen den Gouverneur von Ventspils, dem Amtsmissbrauch zur Last gelegt worden war.

Litauen

Der Flughafen von Vilnius reduziert die Gebühren



Um neue Fluggesellschaften anzuziehen und die Anzahl der Flüge zu erhöhen, möchte der internationale Flughafen von Vilnius im nächsten Jahr die Gebühren reduzieren und die Unterhaltskosten senken. Ausserdem wird es darum gehen, die Einnahmen aus anderen Quellen zu erhöhen, berichtet die Tageszeitung Lietuvos Rytas. Der CEO des Flughafens, Tomas Vaisvila sagte: „Wir planen die Preise für unsere Dienstleistungen stark zu reduzieren. Wir wollen jene Passagiere anziehen, die von Vilnius fliegen würden, falls

die Route vorhanden wäre. Das könnten 200 bis 300.000 neue Kunden sein. Die Gebühr für Passagiere ist im Moment 11,6 Euro, sie wird noch weiter gesenkt werden. Dann werden wir einer der günstigsten Flughäfen Europas sein.“ Vaisvila sagte, dass Flughäfen weltweit gezwungen sind, auf einen Teil ihrer Einnahmen durch Flughafengebühren zu verzichten wegen dem Druck der Airlines. „Wir wollen unsere Einnahmen aus anderen Quellen erhöhen, darum revidieren wir alle früheren Verträge. Dieses Jahr haben wir 3,2 Millionen Euro verdient durch diese anderen Quellen. Wir planen die Kosten zu reduzieren. Im Jahre 2008 hat der Flughafen Vilnius 40,5 Millionen Euro Ausgaben gehabt, in diesem Jahr werden es bloss noch 24,6 Millionen Euro sein. Im nächsten Jahr werden wir mit 17,4 Millionen Euro auskommen müssen, was 40 % des Betrages der vorhergehenden Flughafenverwaltung entspricht.“ Vaisvila sagte, dass der Flughafen seine Belegschaft auf unter 500 gesenkt habe, von den ursprünglichen 900 Beschäftigten. Im nächsten Jahr solle die Zahl der Angestellten bis auf 350 gesenkt werden. Zudem werden die Saläre verringert und andere Ausgaben gestrichen, sowie einige Aufgaben an Aussenstehende Firmen vergeben.

Snoras Bank macht 1,2 Millionen Euro Gewinn von Januar bis September



Die litauische Snoras Bank, die im Besitz von 2 Privatleuten ist, hat für die ersten 9 Monate dieses Jahre einen Gewinn von 1,2 Millionen Euro veröffentlicht. Die ganze Bankengruppe hatte jedoch einen Nettoverlust von 8,1 Millionen Euro in dem genannten Zeitraum. Der Präsident der Bank, Raimondas Baranauskas, sagte in einem Statement: „Der ganze Bankensektor hatte viele Herausforderungen

in diesem Jahr. Trotzdem haben wir die ersten drei Quartale mit einem Gewinn abgeschlossen, obwohl wir Vorkehrungen treffen mussten für Kredite, die nicht zurückgezahlt werden. Die Bank hat sein Einlagen-Portfolio um beträchtliche 17,4 % erhöht ungeachtet des sich verschlechternden Arbeitsmarkts und der schwierigen Situation der Haushalte.“ Die Kreditvergabe der Bank ist um 8,5 % zurückgegangen in den ersten 9 Monaten dieses Jahres, wegen der konservativen Politik in diesem Bereich.

Die Erwerbslosenzahl liegt in Litauen derzeit gleichauf mit Estlands Arbeitslosenquote bei 13,8%.

Das AKW Ignalina wird auf Ende Jahr abgeschaltet



In den zwei Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit von Russland einige sowjetische Symbole von der Karte Litauens verschwunden. Aber im Nordosten des Landes, nur 5 Kilometer von der weissrussischen Grenze und etwa 45 Kilometer von der Kreisstadt Ignalina entfernt, erhebt sich immer noch eine sowjetische „Kathedrale“, von der sich die

Litauer nur schwer trennen mögen. Es ist das AKW Ignalina. Ein imposantes sowjetisches Monstrum, das paradoxerweise bis jetzt die energetische Unabhängigkeit Litauens von Moskau garantiert hat. Die Anlage deckt 70 % des elektrischen Energiebedarfs des Landes. Das Kernkraftwerk hat zwei Reaktorblöcke vom Typ RBMK-1500 (eine ähnliche Technologie, wie jene von Tschernobyl) mit einer elektrischen Leistung von jeweils 1500 MW. Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde die elektrische Bruttoleistung von 1500 MW auf derzeit 1360 MW reduziert. Durch die reduzierte Leistungsdichte wurde die Sicherheitsmarge vergrößert und aufgrund der verringerten Materialbeanspruchung die Lebensdauer der Reaktoren erhöht.

Im Jahre 1987 ging der zweite der ursprünglich drei vorgesehenen Kernkraftwerksblöcke ans Netz; aufgrund der Katastrophe von Tschernobyl wurde der weitere Bau des dritten Reaktors gestoppt. Bislang gab es jedoch keine schwerwiegenden Unfälle in Ignalina. Ursprünglich versorgte das Kernkraftwerk bis zu 80 % Litauens mit Strom. Infolge des Anschlusses an die Europäische Union entstanden Sicherheitsbedenken aufgrund der Bauart des Reaktors. Daher wurde im Frühjahr 2005 der erste Block abgeschaltet. Weiterhin wurde vereinbart, dass Ende 2009 auch der zweite Block vom Netz gehen soll. Damit kommt dem Öl- und Gaskraftwerk Elektrėnai größere Bedeutung für die Stromerzeugung in Litauen zu.

Vytautas Nauduzas, Verantwortlicher von Energie-Angelegenheiten im Aussenministerium, sagt: „Ich gehe davon aus, dass der Preis für die Energie etwa 50 – 60 % steigen wird, nach der Schliessung von Ignalina. Aber das ist nicht alles. Das Herz dieser Sache werden die Tausenden von Millionen Euros sein, die nötig sein werden für die Einrichtung und Verbesserung der Energieleitungen mit anderen Ländern der EU.“ Gegenwärtig ist Litauen eine energetische Insel, mit einer einzigen Brücke nach Weissrussland und nach Russland. Die EU hat 1.300 Millionen Euro bereitgestellt – und zu einem grossen Teil schon ausbezahlt, um Litauen in dem Übergang nach der Schliessung von Ignalina zu helfen. Die Experten sind sich jedoch einig, dass das Land nicht die nötigen Massnahmen im Voraus getroffen hat um seine energetische Sicherheit zu garantieren. Der Bau eines neuen AKWs in Visaginas in Kooperation mit Estland, Lettland und Polen wird seit Jahren diskutiert. Das Projekt ist immer noch in der Planungsphase, vor allem weil sich das litauische Parlament nicht zu einem klaren Entschluss durchringen kann.

Deswegen glauben viele Litauer, dass Russland das Land nach 20 Jahren wieder am Hals umfassen könnten. Ein Trost in dieser Situation ist die Tatsache, dass die Röhren, welche die russische Enklave von Kaliningrad versorgen, durch litauisches Gebiet gehen, was politisch motivierte plötzliche Energieausfälle weniger wahrscheinlich mache.

Parlamentsausschuss zur Aufklärung zur Frage CIA-Gefängnis



Nach Medienberichten über ein geheimes CIA-Gefängnis im Land hat das litauische Parlament eine Untersuchung beschlossen. Litauische Rechtsexperten sagen, dass ein Geheimgefängnis eine Verletzung sowohl der litauischen Verfassung wie auch der Verpflichtungen des internationalen Rechts darstellt.

Der Parlamentssausschuss für Verteidigung und Sicherheit soll nun klären, ob Terrorverdächtige über Litauen transportiert bzw. in Litauen inhaftiert wurden. Der entsprechende Bericht soll bis am 22. Dezember vorgelegt werden. Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Herr Anusauskas, hat eine Petition an den ABC News Reporter Matthew Cole geschickt, er solle seine Quellen offen legen und die Untersuchung unterstützen. Cole antwortete jedoch in einem Brief, dass seine Information vertrauenswürdig sei, dass er weiterhin über das Thema berichten werde und niemals seine Quellen offen legen werde. „Trotz der Tatsache, dass ich mit ihnen keine Beweise oder Dokumente austauschen kann, stehen sowohl ich selbst wie auch ABC News zu unserem Bericht. Ich hatte vier Quellen, welche die Information bestätigten, wie auch eine Quelle, die in dem litauischen Geheimgefängnis gearbeitet hat,“ sagte der Journalist.

Mitte August hatte der US-Sender ABC berichtet, litauische Beamte hätten ein Gebäude bei Vilnius für die Inhaftierung mutmaßlicher Al-Qaida-Mitglieder zur Verfügung gestellt. Das litauische Außenministerium dementierte den Bericht zunächst vehement, Präsidentin Dalia Grybauskaitė sagte jedoch im Oktober, es besteht ein „indirekter Verdacht“ auf ein CIA-Gefängnis im Land.